



Für: Stadt Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner

Fax: (06221) 58 10 590

Poststr. 18-20
69115 Heidelberg
Tel: +49 (6221) 91 466-14
Fax: +49 (6221) 91 466-12

Bergheimer Str. 144
69115 Heidelberg
Tel: +49 (175) 4 17 05 23

fraktion@gruene-heidelberg.de info@generation-hd.de
www.gruene-heidelberg.de www.generation-hd.de

Sachantrag zu TOP ö 5 „Vorbereitung des Entwurfs für den Haushaltsplan 2011/12“
Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss am 17.06.2010

Heidelberg, 17.06.2010

Einberufung einer Bürgerversammlungen gemäß §20a GemO Ba-Wü zum Haushalt

Die Verwaltung wird gebeten, mehrere Bürgerversammlungen vor der Einbringung des Haushaltsentwurfes unmittelbar nach den Ferien einzuberufen, um die Bürgerinnen und Bürger über die finanziellen Rahmenbedingungen und deren längerfristige Auswirkungen auf den Heidelberger Haushalt zu informieren und gemeinsam mit ihnen darüber zu beraten.

Begründung:

Die finanziellen Rahmenbedingungen, die von der konjunkturellen Entwicklung sowie durch die Haushaltskonsolidierung und Steuerpolitik in Bund und Land gesetzt werden, lassen es unabdingbar erscheinen, dass im Dialog mit der Bevölkerung die möglichen Auswirkungen auf den Heidelberger Haushalt diskutiert werden. Die Gemeindeordnung Baden-Württembergs sieht solche Bürgerversammlungen gemäß § 20a vor.

Um diesen Dialog zu sinnvoll zu gestalten, ist es notwendig, die wichtigsten Bereiche städtischer Haushaltspolitik den Bürgern gegenüber zu beziffern und darzulegen, mit welchen Kosten kommunalpolitische Ziele in den Bereichen

- Noch ausstehende Schulsanierungen
- Bedarfsgerechte Kinderbetreuung,
- Straßenbahn ins NHF
- Ausbau des Radwegenetzes
- Weiterentwicklung von Räumlichkeiten für die Jugendkultur
- Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung (Kongresszentrum, Innenstadtentwicklung)
- Förderprogramme zur Sicherung des sozialen Wohnungsbaues sowie rationeller Energieverwendung
- Voraussichtliche Kostenentwicklung im Bereich des SGB II
- Zinsbelastungen in den Jahren bis 2015
- Eigenkapitalentwicklung der städtischen Gesellschaften

verbunden sind.

Ein solch informationsgesättigter Gedankenaustausch führt eventuell zu neuen Erkenntnissen, die die Arbeit des Gemeinderates und der Verwaltung durch größere Zielgenauigkeit in der Prioritätensetzung erleichtern können.